

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 4

Rubrik: Zur schweizerischen Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

bewegung den Tritt Gottes in der Geschichte, nicht nur als Gericht, sondern auch als Rettung. Das letzte Wort wird der Kommunismus — in seiner heutigen Form — sicher nicht sein, wohl aber mag er ein Durchgang werden, hinter dem sich die Türe für eine auferstandene Menschheit auftun soll. Wir müssen nur weit genug sehen lernen.

2. April 1946.

Hugo Kramer.

Zur schweizerischen Rundschau

Der Weg ins Freie Das große Ereignis der Berichtszeit ist natürlich der Entschluß der Sowjetunion, die seit 27 Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz wieder aufzunehmen. Man hat das als einen großen Sieg der schweizerischen Staatskunst (über wen eigentlich?) gefeiert. Vielleicht spräche man besser von einem kleinen Sieg der Vernunft und der Demut über Eigensinn und Selbstgerechtigkeit innerhalb des Bundesrats, der es endlich über sich gebracht hat, in Moskau offiziell wissen zu lassen, „daß er seine bisherige Haltung geändert hat, soweit sie gegenüber der Sowjetunion unfreundlich war“. Das ist aller Ehren wert. Aber es hilft uns doch nicht über die Einsicht weg, daß der entscheidende Grund für die Umstellung der russischen Politik gegenüber der Schweiz nicht das temperierte Schuldbekenntnis des Bundesrates ist, sondern der Wunsch der Moskauer Regierung, in der so weit nach Westen vorgeschobenen Schweiz einen unabhängigen Beobachtungsposten und legalen Stützpunkt für ihre europäische Politik zu bekommen. Das mag uns zum Bewußtsein bringen, daß wir durch die neue Verbindung mit der Sowjetunion ein weiteres Stück weit in die internationale Kampfzone hineingerückt sind, mit allen Gefahren, die sich daraus ergeben. Es zwingt uns aber auch erst recht, diesen Gefahren durch den Anschluß an das System *kollektiver Friedenswahrung* zu begegnen, das in der Organisation der Vereinten Nationen gegeben ist. Der Weg ins Freie, heraus aus der verhängnisvollen neutralistischen Isolierung, ist uns durch den wohl sichereren Verzicht Rußlands auf ein Veto gegen die Aufnahme der Schweiz in die Vereinten Nationen geöffnet, und wir haben allen Grund, ihn ebenso entschlossen zu beschreiten, wie das Schweden jetzt auch tut. Dies um so mehr, als Genf alle Aussicht hat, nicht nur wiederum Sitz der Internationalen Arbeitsorganisation, sondern auch einer Art europäischer Filiale der Vereinten Nationen selbst zu werden.

Hindernisse Daß ihre bisherige *Neutralitätspolitik* für die Schweiz kein Hindernis sein darf, sich vorbehaltlos den Vereinten Nationen anzuschließen, sofern sie dazu grundsätzlich bereit ist, ist neuerdings sehr deutlich in der kürzlich veröffentlichten Erklärung verschiedener uns nahestehender Vereinigungen ausgesprochen worden, die bezeichnenderweise von der Tagespresse, auch der sozialdemokratischen, fast ignoriert wurde; es gilt nun aber, der Erkenntnis, „daß dieses Bestreben, von der Solidarität der Völker zu profitieren, ohne für sie etwas zu wagen, dem eidgenössischen Sinn ins Gesicht schlägt und uns vor den anderen Völkern verächtlich macht“ — dieser Erkenntnis gilt es jetzt im Schweizervolk selbst zum Durchbruch zu verhelfen. Ueber die Schwere dieser Arbeit gibt sich unter uns angesichts des Götzendienstes, der mit der Neutralität getrieben wird, niemand einer Täuschung hin*. Die Rede, die Bundesrat Petit-

* Als Merkwürdigkeit und als Hinweis darauf, zu was allem sich die „Tiefenpsychologie“ gebrauchen läßt, sei auch hier ein kürzlich in der Presse erwähnter Ausspruch von C. G. Jung festgehalten: „Erfüllt die neutrale Schweiz mit ihrer rückständigen, erdhaften Art eine sinnvolle Funktion im europäischen System? Ich glaube, diese Frage bejahen zu müssen. Es gibt nämlich auf die politische oder

pierre im Nationalrat über die außenpolitischen Fragen gehalten hat, beseitigt in dieser Hinsicht vollends alle Zweifel und bestätigt, daß sich der Bundesrat darauf festgelegt hat, die militärische und politische Souveränität der Schweiz gegenüber den Vereinten Nationen im vollen Umfang aufrechtzuerhalten, das heißt also, den Grundsatz der kollektiven Friedenssicherung, an welche die Schweiz den ihren Kräften entsprechenden Beitrag im gleichen Rang wie die anderen Bundesmitglieder zu leisten hätte, praktisch zu verleugnen. Darüber helfen alle Redensarten vom Werte der schweizerischen Neutralität für die Friedenserhaltung nicht hinweg; sie kennzeichnen sich von vornherein als bloße Ausreden, dazu bestimmt, dem nationalen Egoismus ein besser aussehendes Mäntelchen umzuhängen. Die Behauptung vollends, in einem neuen europäischen Krieg müsse doch ein neutraler Staat da sein, der wieder allerlei menschliche und politische Hilfsdienste leisten könne, ist reiner Selbstbetrug; *wenn* es je zu einem solchen Kriege kommen sollte, dann wird, soviel ist heute schon sicher, auch die Schweiz mitamt dem Roten Kreuz und der politischen Interessenvertretung erledigt sein. Im übrigen würde ein Krieg unter Großmächten ja die Sprengung des Bundes der Vereinten Nationen bedeuten und damit der Schweiz automatisch ihre Handlungsfreiheit zurückgeben. *Dieses* Argument gegen den Beitritt der Schweiz zu einem System kollektiver Friedenssicherung sollte also von vornherein ausscheiden.

Aber auch die weidlich ausgeschlachteten *Mängel der Satzung von San Francisco* sollen uns nicht abschrecken, den Anschluß an die Vereinten Nationen zu suchen. Denn diese Satzungs-mängel werden ja nur dann gefährliche politische Wirklichkeiten, wenn sich ihrer eine egoistische Großmachtpolitik bemächtigt; die Aufgabe, die unserem Geschlecht gestellt ist, besteht aber doch gerade darin, der Politik nationaler Machtsicherung ein System solidarischer Rechtsicherung entgegenzustellen und sich dafür derjenigen Handhaben zu bedienen, die in dieser Hinsicht die Charta auch bietet. Oder sollten wir von vornherein die Flinte ins Korn werfen und voraussetzen, gegenüber den heutigen Großmacht-tendenzen werde in absehbarer Zeit der Wille zum Völkerrecht ja doch nicht durchdringen? Das kann sicher nicht unsere Meinung sein. Dann aber bleibt uns kein anderer Weg, als in die Vereinten Nationen selbst hineinzugehen und uns in ihrem Schoße mit all den keineswegs so ohnmächtigen Kräften zu verbünden, die mit uns deren Ausgestaltung zu einer Organisation föderativer Friedenswahrung erstreben. Nur von außen her zu kritisieren und im übrigen abzuwarten, was die *anderen* aus den Vereinten Nationen machen werden, wäre weder würdig noch klug*.

kulturelle Frage nicht nur die eine Antwort: Geist, Fortschritt, Aenderung, sondern auch die andere: Stillstand, Festhalten. Der ewige Fortschritt geht bekanntlich auch gelegentlich den Berg hinunter. Gegenüber einem gefährlich raschen Tempo könnte Stillstand eine wahre Erlösung bedeuten. Auch die Völker werden müde und sehnen sich nach einer Stabilisierung der politischen Methoden.“ *Das* braucht man der heutigen Schweiz gerade noch zu predigen!

* Das ist zum Beispiel auch zu der von Nationalrat Grimm in einer Volksversammlung in Bern geäußerten Ansicht zu sagen, „daß die Schweiz, *wenn die UNO sich ihrer Aufgabe gewachsen zeige*, nicht auf ihrer traditionellen Neutralität beharren könne“.

Eine bessere Zusammenfassung der pazifistischen Kräfte erstrebt neuerdings der „*Schweizerische Friedensrat*“ (auf französisch besser: Conseil suisse des associations pour la paix), der keine eigene politische Friedensdoktrin vertreten, sondern einfach technische Hilfsarbeit leisten will durch Herstellung einer engeren Fühlung zwischen den kriegsgegnerischen und föderalistischen Gruppen, durch Aufklärung der öffentlichen Meinung, Verbindung mit dem Ausland, Förderung der Studien für eine Zusammenarbeit der Schweiz mit den Vereinten Nationen usw. Auch das R. U. P. und die Zentralstelle für Friedensarbeit haben sich nach etwelchem Zögern dem „Friedensrat“ angeschlossen.

Ich glaube übrigens, daß schon *wirtschaftliche* Gründe die Schweiz veranlassen werden, den Vereinten Nationen beizutreten; *diese* Seite der ganzen Frage hat man ja auch im Bundeshaus am ehesten gesehen. Am *letzten* wird man dort hingegen merken oder doch zugeben, daß eine Politik der solidarischen Kriegshinderung auch eine Umwälzung des schweizerischen *Militärwesens* nach sich ziehen muß. Bundesrat Kobelt hat wenigstens die Rede, die er während der Frühjahrs-sesssion des Nationalrates über die kommende Armee-reform gehalten hat, völlig auf der Annahme aufgebaut, daß — Vereinte Nationen hin oder her — die Schweiz auf alle Fälle ihre Armee auf dem höchsten ihr erreichbaren Stande der Kriegstüchtigkeit halten müsse; Kosten Nebensache. Er scheint sich damit zu jener unter den Militärgläubigen so weit verbreiteten Ansicht zu bekennen, der in dem bekannten Offiziersbuch „Bürger und Soldat“ ein Generalstäbler mit den Worten Ausdruck gegeben hat: „Auch wenn es einem verbesserten Völkerbund einmal gelingen sollte, mit seinen Rechtsmitteln und einem Sanktionenapparat eine Friedensordnung zu garantieren, so wäre das noch kein Grund, von der allgemeinen Wehrpflicht abzugehen. Die allgemeine Wehrpflicht garantiert uns am besten die möglichst vollständige Mobilisierung der Volkskraft.“

Ueber den Inhalt des in der Ausarbeitung begriffenen großen Rüstungsprogramms selber äußerte sich der Vorsteher des Militärdepartements ziemlich vorsichtig; die Tatsache aber, daß im Budget nur des laufenden Jahres nicht weniger als 25 Millionen für militärpolitische „Studien und Entwicklungsarbeiten“ eingesetzt sind (wogegen sich in der Bundesversammlung nicht der leiseste Widerspruch erhoben hat!), deutet allein schon darauf hin, daß die Rüstungspläne der Offiziersgesellschaft maßgebenden Ortes durchaus nicht als übertrieben angesehen werden. Auch die Erfindung der Atombombe und der anderen modernen Zerstörungsmittel vermag unsere Militärpolitiker nicht im geringsten zu beirren; es bestehe deswegen, so meinte Dr. Kobelt, „vorläufig keinerlei Anlaß“, etwa „die Organisation, Bewaffnung und Kampfführung der Feldheere und der Luftschutzmaßnahmen zu ändern“. Wen der Teufel verderben will, den schlägt er zuerst mit Blindheit! Damit aber in diesem Trauerspiel auch die Posse nicht fehle, sorgt ein neues Dienstreglement dafür, daß an Stelle des leider abgeschafften Takt-schrittes wenigstens Gewehrgriff, Grußpflicht und Meldewesen mit unverminderter Gewissenhaftigkeit gepflegt werden. Oberstkörpskommandant Frick erklärte dazu in einer Pressekonferenz ohne Augenzwinkern: „Durch Drillübungen sollen die Konzentration und die Selbstbeherrschung gefördert werden.“ Und ebenso ernsthaft fügte er hinzu: „In Frankreich hat man sich darüber Rechenschaft gegeben, daß die schlechte Disziplin, die sich unter anderem in völliger Vernachlässigung der Grußpflicht zeigte, eine Hauptursache des Zusammenbruchs von 1940 war.“ O heilige Einfalt!

«Ueberbordende» Wirtschaftskonjunktur

Die Bundesversammlung hat an ihrer letzten Tagung nun endlich auch die neuen *Wirtschafts-artikel* der Bundesverfassung abstimmungsreif gemacht. Daß mit ihnen im Kampf gegen eine abermalige Wirtschaftskrise nicht viel anzufangen ist, steht uns von vornherein fest; eine wirkliche Konjunkturlenkung erfordert ganz andere Maßnahmen, als sie hier ins Auge gefaßt sind. Wie hilflos das bestehende Regime dem Wirtschaftsablauf gegenübersteht, zeigt besonders drastisch auch eine jüngste Äußerung des Delegierten des Bundesrates für Arbeitsbeschaffung, Herrn Zipfel, der feststellte, die so überraschend günstige Konjunktur, die die schweizerische Industrie genieße, drohe bereits wieder zu „überborden“, und alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß wir in eine Periode der Ueberinvestition von Kapital und Ueberbeschäftigung von Arbeitskräften eingetreten seien. Im Baugewerbe — an dem der Konjunkturstand ja besonders deutlich abzulesen ist — erinnere die Lage geradezu an die Entwicklung der dreißiger Jahre mit ihrer gewaltigen Aufblähung und dem nachfolgenden Zusammenbruch, der 45 000 einheimische Bauarbeiter und 30 000 fremde Saisonarbeiter auf das Pflaster

warf. Und trotzdem weiß der Delegierte für Arbeitsbeschaffung keinen wirklichen Ausweg aus dieser Lage anzugeben; denn daß seine Anregung, es möchte versucht werden, „eine freiwillige Beschränkung der Investition der privaten Wirtschaft zu erreichen“, ein frommer Wunsch bleiben muß, das weiß Herr Zipfel, der seine Kollegen — er ist Direktor eines industriellen Großbetriebes — kennt, selber am besten. Das ganze Elend unseres wirtschaftlichen und politischen Regimes spiegelt sich in diesem Sachverhalt wider.

Und der Sozialismus? Einen festen, geklärten Willen, dieses Regime von Grund auf umzugestalten, sieht man gleichwohl nirgends am Werk*. Auch nicht bei den sozialistischen Parteien. Ihre Kampfführung und ihr gegenseitiges Verhältnis ist durch den Ausfall der *stadtzürcherischen Gemeindewahlen* neuerdings zur Debatte gestellt worden. In der Sozialdemokratie, die schon einmal die Mehrheit der Zürcher Wähler hinter sich hatte und jetzt auf kaum 29 Prozent der Gesamtstimmenzahl zurückgefallen ist, herrscht eine eigentliche Depression, weil trotz einem Gewinn von neun Sitzen für die Linke, die damit wieder bis auf sechs Sitze an die Mehrheit im Gemeinderat herangekommen ist, die Partei der Arbeit es gewesen ist, die allein gewonnen hat, während die Sozialdemokratische Partei empfindlich verloren hat. Ziemlich allgemein werden in ihren Reihen aus dieser Sachlage zwei Folgerungen gezogen: erstens, daß eine in der Sozialdemokratie geeinigte Bewegung die Mehrheit diesmal zurückgewonnen hätte, und zweitens, daß künftig jedes Zusammengehen mit der Partei der Arbeit unterbleiben müsse.

Wir halten beide Schlußfolgerungen für unrichtig. Natürlich war die Spaltung der sozialistischen Bewegung vom Uebel; aber man muß sich immer daran erinnern, daß die Sozialdemokratische Partei selber es war, die (durch den Ausschluß der welschen Linken) die Spaltung herbeigeführt und sie dann später (durch den Ausschluß der deutschschweizerischen Linken) noch erweitert und vertieft hat. Sie hat damit selber anerkannt, daß die beiden Flügel der Bewegung vorerst nicht mehr in der gleichen Partei zusammenarbeiten können, und tatsächlich hat sich auch in weiten Kreisen, insbesondere der Arbeiter- und Angestelltenchaft, eine Radikalisierung durchgesetzt, die eine Zurückgewinnung dieser Schichten für die Sozialdemokratie bei gleichzeitiger Fortsetzung ihrer bisherigen Politik und Festhaltung ihres rechten Flügels als Utopie erscheinen läßt. Unter diesen Umständen wird eben der Abmarsch der „Linken“ unvermeidlicherweise solange weitergehen, bis eine neue Stabilisierung des Verhältnisses der beiden Richtungen eingetreten sein wird, und dieser Punkt ist offenkundig heute noch nicht erreicht. *Darin* ist die Hauptursache für den erneuten Rückgang der Sozialdemokratischen Partei in Zürich zu suchen, nicht in der Listenverbindung mit der Partei der Arbeit. Gewiß hat das antikommunistische Sperrfeuer, das die bürgerliche Propaganda vor die sozialdemokratische Front gelegt hat, eine Anzahl Wähler davon abgeschreckt, nach links zu stoßen; aber der Rücksicht auf diese von *rechts* her kommenden Elemente die ganze sozialdemokratische Kampfführung unterzuordnen, hieße gerade diejenige Tendenz verstärken, die so viele Arbeiter, An-

* Die Leidenschaft des Nationalrats hat in der Frühjahrsession vorab der Revolution seines Geschäftsreglements gegolten. Allein es mag einigermaßen zweifelhaft erscheinen, ob damit nun eine Erneuerung unseres Parlamentarismus eingeleitet worden ist. „Man kommt nicht um die Feststellung herum“, meint der neue, noch unverdorbene Bundeshauskorrespondent des „Journal de Genève“, daß es (das Parlament) denjenigen, die seine Sitzungen verfolgen, ein betrübliches Schauspiel bietet. Das Land leidet unleugbar an einer Krise seiner politischen Kader. Die starken Persönlichkeiten und die wertvollen Menschen sind selten unter der Bundeshauskuppel. Dafür aber — wieviel bornierte und mittelmäßige Gestalten! Und das Unglück will es, daß gerade diese die Hörerschaft am meisten ermüden...“

gestellte und Intellektuelle nach *links* getrieben hat. Und ob ohne Listenverbindung mit der Partei der Arbeit so viele Wähler von rechts her der Sozialdemokratie zugeströmt wären, daß es zu einer Linksmehrheit gereicht hätte, das ist überdies noch höchst fraglich.

Die Sozialdemokratie wird jedenfalls eine Zukunft als sozialistische Kraft nicht als „unabhängige“ reformistische Mittelpartei, irgendwo zwischen rechts und links drin, haben, sondern nur als eindeutig radikale Linkspartei. Das lehren auch ihre Fortschritte im Kanton *Freiburg*, wo sie in einer ausgesprochenen Entwicklung nach links hin begriffen ist und gerade dadurch eine Spaltung vermieden hat; insbesondere in der Stadt Freiburg selbst, wo sich die sozialistischen Stimmen zwischen 1938 und 1946 von nicht ganz 14 auf über 29 Prozent gesteigert haben, ist der Aufschwung der letzten Jahre vor allem der energischen Arbeit junger Linkssozialisten zu verdanken, die keinen Horror vor der Partei der Arbeit empfinden. (Die vor den Gemeindewahlen einige Male herausgekommene Wahlzeitung „*Le Travail*“ ist zum Beispiel vom Freiburger Korrespondenten der „*Voix Ouvrière*“ redigiert worden.) Auch die bedeutende Stärkung ihres Einflusses, die die Sozialdemokratie in der *Waadt* seit etwa einem Jahr zu verzeichnen hat, wäre ohne die Verständigung mit der Partei der Arbeit niemals möglich gewesen. Andererseits hat der sture Antikommunismus, dem die Sozialdemokratische Partei in *Genf* huldigt, ihr keinerlei neue Sympathien in der Wählerschaft, wohl aber das Vertrauen der bürgerlichen Reaktion gesichert, die ihr dafür einen Vertreter im Regierungsrat schenkte, damit ja nicht etwa die Partei der Arbeit — die weitaus stärkste politische Gruppe in *Genf* — in die Regierung einziehe. Und schließlich haben die jüngsten Gemeindewahlen im *Thurgau* erwiesen, daß trotz einer gewissen Abwanderung von der Sozialdemokratie zur Partei der Arbeit gerade durch die Listenverbindung die sozialistische Gesamtstellung — auf die es doch vor allen Dingen ankommt — in Arbon erheblich gestärkt worden ist, und daß die saubere sozialistische Haltung, die sich in der thurgauischen Sozialdemokratie durchsetzt, ihr auch in einer Anzahl anderer Gemeinden recht ansehnliche Erfolge eingebracht hat.

So drängt sich immer wieder die eine Feststellung auf: Solange nicht eine Grundwelle aus der Tiefe eine neue sozialistische Einheitsbewegung emporträgt, ist — sofern die Sozialdemokratie nicht Bestandteil einer Koalition der Mitte werden will — nichts anderes möglich, als daß *beide* Linksparteien auf den Anspruch der Alleinvertretung des sozialistischen Volksteils verzichten, ihre Existenz gegenseitig anerkennen und in freier Aktionsgemeinschaft den Kampf gegen die Mächte „auf der anderen Seite der Barrikade“ führen. Die Parteien der Rechten wissen schon, warum sie sich so viel Mühe geben, eine solche Aktionsgemeinschaft zu verhindern oder wieder zu zerstören!

5. April.

Hugo Kramer.

Erklärung

Wie vor sechsundzwanzig Jahren, wird sich unser Volk vermutlich in absehbarer Zeit mit der Frage zu befassen haben, ob und unter welchen Bedingungen die Schweiz in eine Rechtsorganisation der Völker eintreten soll. Schon jetzt wird darüber diskutiert. Der Bundesrat hat schon Ende des letzten Jahres eine — sehr einseitig zusammengesetzte — Expertenkommission darüber beraten lassen. Wie immer nun der Entscheid ausfallen wird, so muß heute schon darüber Klarheit bestehen, daß ein Beitritt der Schweiz nur dann in ehrenhafter Weise geschehen kann, wenn unser Land zu gleichen Bedingungen wie andere Kleinstaaten und unter Uebernahme derselben Pflichten wie